

Basler Stadtbuch
Dossier 2016

**Wahlen für die Legislatur 2017–2021:
der missglückte Angriff von rechts**

Jeremias Schulthess

Wahlen für die Legislatur 2017–2021: der missglückte Angriff von rechts Jeremias Schulthess

Wenige Minuten nach Bekanntgabe der Wahlergebnisse ereilt die Politik ein seltener Moment der Ehrlichkeit: Während der Applaus für die gewählte Elisabeth Ackermann (Grüne) anhält, unterbricht der SVP-Wahlkampfleiter Joël Thüring sein Klatschen, dreht sich zu dem nicht gewählten Kandidaten Lorenz Nägelin (SVP) um und lässt seiner Wut freien Lauf. Dieser ist in Gedanken bereits zu Hause auf seinem schwarzen Ledersofa. Die gehässigen Worte von Thüring interessieren ihn jetzt nicht, Minuten nach der verlorenen Wahl. Also wendet er sich ab. Zögerlich zuerst, dann bestimmt. Und geht weg.

Diese Szene, die sich am 23. Oktober im Congress Center am Messeplatz abspielte, wäre in den Wochen vor den Wahlen undenkbar gewesen. Der Wahlkampf war geprägt von der inszenierten Harmonie des bürgerlichen Vierergespans. Die Kandidaten von CVP, FDP, LDP und SVP legten alles daran, als Team wahrgenommen zu werden, über Inhalte sprachen sie kaum. Sie luden die Medien zum gemeinsamen Rheinschwumm, zum Tischtennispiel oder einfach nur zur Velofahrt über die Wettsteinbrücke. Obwohl die Differenzen unter den Kandidaten offenkundig waren, zelebrierten sie eine nie dagewesene Einigkeit. Journalisten versuchten bei jeder Gelegenheit, die strittigen Punkte im Viererteam zutage zu fördern. Sie klopfen den SVP-Kandidaten immer wieder auf die Extrempositionen seiner Partei ab, zum Beispiel in Bezug auf die Masseneinwanderungs- oder die Durchsetzungsinitiative. Und die anderen Kandidaten fragten sie stets: Wie haltet ihr's mit der SVP?

Denn es schien klar: Die Bürgerlichen konnten nicht mit der SVP kutschieren. Sie hatten die Volkspartei stets bekämpft, und nun holten sie einen SVPLer an Bord. Die Öffentlichkeit konzentrierte sich deshalb von Beginn weg auf diesen Widerspruch. Doch das Quartett redete die inhaltlichen Unterschiede klein. Regierungsratswahlen seien Personenwahlen, wurde betont. Da passe ein moderater SVPLer wie Nägelin doch prima in das bürgerliche Team. Der Rettungssanitäter Nägelin hatte es bereits 2012 für die SVP versucht und war chancenlos geblieben, 2016 wollte er es mit Unterstützung der Bürgerlichen noch einmal probieren. Jetzt sollte ein gemeinsames Viererticket die Volkspartei in die Exekutive hieven.

Linker Grössenwahn und eine bürgerliche Schwäche

SP und Grünes Bündnis traten mit einem Fünfticket an und erhielten dafür den Tadel «linker Grössenwahn». Am heftigsten diskutiert wurde über die Kandidatin der BastA!, Heidi Mück. Mit ihr wollten die Linken den frei werdenden Sitz von Christoph Eymann (LDP) angreifen, und mit ihr wäre erstmals seit siebzig Jahren eine Partei links von Rot-Grün in die Regierung eingezogen. Doch es sollte nicht so weit kommen, Mück hatte einflussreiche Feinde. Die «Basler Zeitung» feuerte gegen die Kandidatin, weil sie 2010 einen Konsumboykott für Produkte aus Israel unterzeichnet hatte. Ihr Engagement für Palästina verstärkte Mücks Image als Linksextreme, das sie aufgrund ihrer Positionen zu Polizeieinsätzen und der anstehenden Unternehmenssteuerreform III sowieso innehatte. Die BaZ fragte: Kann eine Politikerin, die sich für den Boykott sämtlicher Produkte aus Israel ausspricht, Teil der Basler Regierung sein? Die Antwort darauf lieferte sie gleich mit: nein. Denn das Engagement beweise «Mücks Bildungslücken».

Die Berichte gegen Mück wurden von linker Seite rasch als BaZ-Kampagne abgetan. Umso mehr überraschte die Zeitung, als sie ebenfalls in der heissen Phase des Wahlkampfes einen bürgerlichen Kandidaten angriff, indem sie Einzelheiten über Privilegien des Polizeikaders publik machte. Justiz- und Sicherheitsdirektor Baschi Dürr (FDP) stand in der Kritik. Die

Kaderangestellten der Polizei hätten ihre Dienstwagen für den Arbeitsweg benutzt, obwohl sie dies nicht gedurft hätten, so der Vorwurf. Zudem seien Wünsche nach Spezialausstattungen erfüllt worden. Von einem «Rundum-Komfort- und Sorglos-Paket» war die Rede. Warum hatte der Sicherheitsdirektor die Privilegien nicht unterbunden, wo er doch nachweislich davon wusste? Dürr gab sich reumütig und erklärte, er habe einen schweren Fehler gemacht und hätte schneller handeln müssen. Die Dienstwagen-Affäre schüttelte den Wahlkampf drei Wochen vor dem ersten Wahlgang kräftig durch. Dürr, der als Zugpferd der Bürgerlichen galt und dem höhere Ambitionen als der Regierungsrat nachgesagt wurden, geriet plötzlich ins Wanken.

Schlussmobilisierung gibt entscheidenden Dreh

Auch die repräsentative Umfrage der «bz Basel» und der «TagesWoche» sagte ein solides Resultat für Dürr voraus, der FDP-Mann sollte im ersten Wahlgang knapp gewählt werden. Es kam anders – wie einigmal anders kam, was ebendiese Umfrage prognostiziert hatte.

Noch im September gingen die Medien davon aus, dass es in Basel zu einem Rechtsrutsch kommen würde. Newcomer Conradin Cramer (LDP) sollte laut Umfrage mit Glanzresultat gewählt werden, und sogar SVP-Kandidat Nägelin durfte sich Chancen auf einen Sitz in der Regierung ausrechnen. Kurz: Die Bürgerlichen schöpften Hoffnung, die Linken mussten zittern. Doch diese Ausgangslage half den Linken, denn nun konnten sie ihren Wählerinnen und Wählern den drohenden Rechtsrutsch vor Augen führen. Überhaupt erwiesen sie sich als Meister der Mobilisierung. Die SP rief jeden potenziellen Wähler an; bei den rund zehntausend Anrufversuchen machten auch Partei-Granden wie Anita Fetz oder Christoph Brutschin mit und telefonierten die Listen der SP-Sympathisanten durch.

Dass dieses Rezept wahrscheinlich zum Erfolg geführt hatte, zeigte sich in der Nachwahl-Analyse. Die Wählerinnen und Wähler, die ihr Couvert erst am Wahlwochenende einwarfen, stimmten nämlich grösstenteils links. Nimmt man nur die Stimmen dieser Personen, so wären alle fünf Kandidaten der Linken bereits im ersten Wahlgang gewählt worden. Von den Bürgerlichen hätte in den Wahllokalen hingegen keiner den direkten Einzug in den Regierungsrat geschafft.

Überraschende Siegerin

Bei der Verlesung der Schlussresultate¹ am 23. Oktober steht als erste Regierungsrätin Eva Herzog fest. Über siebzig Prozent haben bei ihr ein Kreuz gemacht – ein Rekordergebnis. Die linke Saalhälfte bricht in Jubel aus, es ist seit dem Zweiten Weltkrieg das beste Wahlergebnis für ein Mitglied der Basler Regierung. Die Bisherigen Brutschin und Engelberger sowie Neuling Cramer sind ebenfalls gewählt, mit gutem Ergebnis. Die Überraschung des Tages heisst jedoch Elisabeth Ackermann. Wenige Wochen vor der Wahl lag die grüne Gitarrenlehrerin in ihren Umfragewerten noch mit Nägelin gleichauf. Es schien auf einen Kampf zwischen ihr und dem SVP-Kandidaten im zweiten Wahlgang hinauszulaufen. Nun steht Ackermann bereits am ersten Wahlsonntag als Nachfolgerin von Guy Morin fest, sie liegt im Duell um das Regierungspräsidium gut 2500 Stimmen vor ihrem Kontrahenten Dürr. Morin reagiert höchst erfreut, als er Ackermanns Namen auf der Leinwand liest. Das Rennen, so scheint es, ist bereits nach dem ersten Wahlgang gelaufen.

Dürr und Wessels können an jenem Sonntag nicht jubeln. Sie müssen in den zweiten Wahlgang. Wessels trägt's mit Fassung, Dürr setzt die Situation zu. Der Wahlkampf sei für ihn

¹ Stimmen: Eva Herzog: 33'576, Christoph Brutschin: 29'448, Lukas Engelberger: 26'635, Conradin Cramer: 24'078, Elisabeth Ackermann: 23'546, http://www.staatskanzlei.bs.ch/politische-rechte/wahlen-abstimmungen/wahlen-2016.html#page_section3_section4 (Zugriff: 07.02.2017).

heftig gewesen, gibt er direkt nach der Bekanntgabe des Resultats zu Protokoll. Er wolle sich stärker auf das Regierungspräsidium konzentrieren, für das er eigentlich angetreten sei.

Dürrs Rückzug und Triumph

Einen Tag später folgt der Knall. Dürr zieht seine Kandidatur fürs Präsidium zurück und sagt nun, er wolle im Justiz- und Sicherheitsdepartement bleiben. Seinen verbliebenen Bündnispartner, die SVP, informiert er vorab nicht einmal über seinen Entscheid. Mit Dürrs Alleingang ist das Viererticket begraben, Nägelin steht jetzt auf verlorenem Posten. Wofür sollte der diplomierte Rettungssanitäter antreten? Das Justizdepartement, das er im Wahlkampf stets als Ziel ausgab, würde weiterhin sein Bündnispartner Dürr belegen. Dagegen steht Ackermann nach Dürrs Rückzug bereits als Regierungspräsidentin fest. Sie muss im zweiten Wahlgang nur noch gegen den Polit-Querulanten Eric Weber gewinnen, der als chancenlos gilt.

An den Parteiversammlungen in der Woche nach dem ersten Wahlgang zeigt sich dann die politische Gemütslage: Die FDP macht sich mit Durchhalteparolen Mut, die SVP tagt hinter verschlossenen Türen, und die SP feiert sich selbst. Für die Linken liegt der fünfte Regierungsratssitz in greifbarer Nähe, die Wiederwahl von Wessels scheint den Sozialdemokraten reine Formsache. Im Überschwang ihres Erfolgs hoffen sie gar auf einen Coup: Vielleicht würde BastA!-Grossrätin Mück gar Dürr das Justizdepartement entreissen? Doch im zweiten Wahlgang am 27. November bleiben Überraschungen aus. Wessels und Dürr werden mit soliden Ergebnissen gewählt.² Mück liegt am Ende etwa zweitausend Stimmen hinter Dürr, Nägelin ist mit nochmals zweitausend Stimmen weniger der abgeschlagene Vierte.

Dennoch ist das Schlussresultat von Nägelin beachtlich. 2012 hatte der SVP-Kandidat im ersten Wahlgang rund 7800 Stimmen erhalten, vier Jahre später sind es 19'000. Auch Mücks Resultat erstaunt. In der Stadt erhielt sie sogar mehr Stimmen als Dürr. Dieser schwang nur dank den Stimmen aus Riehen und Bettingen obenaus.

LDP und Linke gewinnen Grossratssitze

An den Wahlen 2016 konnten die Linken in Basel ihre Dominanz ausbauen – trotz «Basler Zeitung», trotz Flüchtlingskrise und Terror in Europa. Die Bürgerlichen hingegen mussten einsehen, dass in Basel die Politmechanismen nicht wie in der übrigen Schweiz greifen. Themen wie Migration und Sicherheit waren im Wahlkampf kaum präsent, obwohl SVP und BaZ einige Versuche starteten, diese auf die politische Agenda zu setzen. Das repräsentative Sorgenbarometer, das «bz Basel» und «TagesWoche» erhoben, zeigte an erster Stelle nicht etwa das Thema Ausländer, sondern hohe Krankenkassenprämien und Streitigkeiten mit Baselland. In diesen Fragen, so sahen es wohl viele Wählende, waren die linken Parteien kompetenter als die rechten.

Im Grossen Rat blieb die bürgerliche Mehrheit hingegen knapp bestehen. SP und Grünes Bündnis gewannen je einen Sitz dazu, FDP und CVP verloren je einen Sitz, die LDP legte gar vier Sitze zu. Einige prominente Kandidaten schafften den Sprung in den Grossen Rat: zum Beispiel der FCB-Speaker René Häfliger (LDP), die ehemalige Profi-Fechterin Gianna Hablützel-Bürki (SVP), der Generalsekretär des Finanzdepartements Kaspar Sutter (SP) und der frühere Strafgerichtspräsident Jeremy Stephenson (LDP).

Andere, wie das Enfant terrible Eric Weber oder der Kleinbasler Politaktivist Christian Mueller, wurden hingegen nicht gewählt. Beide verpassten die Wahl in das Stadtparlament wegen der Vier-Prozent-Hürde. Dieses Gesetz bestimmt, dass eine Partei mindestens vier Prozent der Stimmen erhalten muss, um für die Sitzverteilung zugelassen zu sein. Über das

² Stimmen: Hans-Peter Wessels: 26'155, Baschi Dürr: 22'096, Heidi Mück: 21'072, Lorenz Nägelin: 19'084, <http://www.staatskanzlei.bs.ch/politische-rechte/wahlen-abstimmungen/wahlen-2016.html> (Zugriff: 07.02.2017).

Quorum, wie die Wahlhürde heisst, stimmten Baslerinnen und Basler am 12. Februar 2017 ab und hoben die Sperrklausel auf.³ Mueller und Weber haben vielleicht 2020 gute Chancen, in den Grossen Rat gewählt zu werden. Denkbar ist auch, dass die bürgerlichen Parteien inklusive SVP dann erneut zusammenspannen und den vierten Sitz im Regierungsrat angreifen. 2016 haben sie gelernt, dass sie durchaus eine Chance haben, wenn sie mit der SVP zusammenarbeiten. Und mit dem richtigen Kandidaten könnte der Angriff gelingen.

Über den Autor

Jeremias Schulthess ist Redaktor bei der «TagesWoche».

³ Quorum aufgehoben mit 56,87 Prozent Ja-Stimmen, <http://www.bs.ch/news/2017-02-12-mm-67464.html> (Zugriff: 13.02.2017).



Wahlplakate auf dem Marktplatz (Foto: Kathrin Schulthess)



Verkündung der Ergebnisse des ersten Wahlgangs (Foto: Kathrin Schulthess)



Die im ersten Wahlgang gewählten Regierungsrätinnen und -räte: Dr. Conradin Cramer (LDP), Dr. Eva Herzog (SP), Elisabeth Ackermann (Grüne), Christoph Brutschin (SP) und Dr. Lukas Engelberger (CVP) (Foto: Kathrin Schulthess)



Die im zweiten Wahlgang gewählten Regierungsräte Dr. Hans-Peter Wessels (SP, links) und Baschi Dürr (FDP, rechts) mit der neu gewählten Regierungspräsidenten Elisabeth Ackermann (Grüne) (Foto: Kathrin Schulthess)



Offizielles Foto des Regierungsrates, aufgenommen auf der Baustelle des Biozentrums der Universität Basel, 2017: Barbara Schüpbach-Guggenbühl, Staatsschreiberin; Lukas Engelberger, Vorsteher Gesundheitsdepartement; Hans-Peter Wessels, Vorsteher Bau- und Verkehrsdepartement; Eva Herzog, Vizepräsidentin, Vorsteherin Finanzdepartement; Elisabeth Ackermann, Präsidentin, Vorsteherin Präsidialdepartement; Christoph Brutschin, Vorsteher Departement für Wirtschaft, Soziales und Umwelt; Baschi Dürr, Vorsteher Justiz- und Sicherheitsdepartement; Conradin Cramer, Vorsteher Erziehungsdepartement (Foto: Ursula Sprecher und Andi Cortellini)

Der kühle Liberale und

Justizdirektor Baschi Dürr (FDP) und Alt-Grossratspräsidentin Elisabeth Ackermann (Grüne)



VON NICOLAS DRECHSLER

Frau Ackermann, Herr Dürr, warum soll ich Sie an die Spitze des Regierungsrats wählen?

Elisabeth Ackermann (EA): Basel ist eine fortschrittliche Stadt, und es leben hier viele umweltbewusste Menschen, darum wäre es wichtig und richtig, dass das Regierungspräsidium in grüner Hand bleibt. Und nach 50 Jahren Frauenstimmrecht und erst drei Regierungsrätinnen wäre es auch nicht schlecht, wenn es eine Frau wäre.

Baschi Dürr (BD): Es geht bei dieser Wahl um zwei Dinge. Zum einen um die Rolle des Regierungspräsidenten, es sind nun acht Jahre, seit diese neue Position geschaffen worden ist. Vor allem um seine Rolle als Kopf der Regierung, der das Gremium stärken soll. Zum anderen geht es um die Themen und Strukturen des Präsidialdepartements selbst, auch in der Zusammenarbeit mit den anderen Departementen.

Weshalb soll man Ihr Gegenüber nicht wählen?

EA: Ich sage lieber, warum man mich wählen soll: Ich bin eine integrative Persönlichkeit. Ich habe gemerkt, dass mir die Leitung des Grossen Rats, die Parteiführung und auch die Fraktionsführung gut gelungen sind.

BD: Ich möchte auch nur sagen, was für mich spricht. Ich bin seit bald vier Jahren Regierungsrat in einem grossen, vielfältigen und führungsintensiven Departement mit insgesamt fast 2000 Leuten, von denen viele 24 Stunden am Tag, sieben Tage die Woche im Einsatz stehen. Ich habe viele Erfahrungen sammeln können, und wir haben im Departement ebenso viel erreicht. Vor allem aber will ich mithel-

fen, dass wir eine bürgerliche Mehrheit im Regierungsrat schaffen - zusammen mit Conradin Cramer, Lukas Engelberger und Lorenz Nägelin. Basel geht es dank der Entwicklung der Demografie und der Industrie gut, und nun ist die Frage, was machen wir damit. Gerade angesichts der vielen gefährlichen Volksinitiativen der letzten Jahre von linker Seite sieht man deutlich: Es kommt sehr darauf an, welche Parteien im Basler Regierungsrat vertreten sind.

EA: Das ist natürlich auch meine Motivation. Wir wollen eine links-grüne Mehrheit behalten, oder sie sogar noch ausbauen. Die links-grüne Regierungsmehrheit hat gezeigt, dass sie es gut kann, Basel geht es gut. Im Vergleich dazu steht das bürgerlich dominierte Baselbiet viel schlechter da. Es ist in Basel viel in Bildung, öV und in Kultur investiert worden. Die Schulden in Basel-Stadt sind halbiert und die Steuern gesenkt worden, aber moderat. Die Bürgerlichen haben für diese Regierungsratswahlen die SVP ins Boot geholt, eine Partei, die wirtschaftsschädliche Anliegen wie die Masseneinwanderungsinitiative gebracht hat, die wir gemeinsam mit den Bürgerlichen bekämpft haben.

Nun weg von der Parteipolitik und zurück zum Regierungspräsidium. Es macht den Eindruck, das sei eine Strafaufgabe. Mussten Sie antreten?

BD: Ich würde nicht antreten, wenn ich dieses Amt nicht wollen würde. Das wäre ungläubwürdig. Aber die Diskussion über die Funktion des Regierungspräsidenten ist sicher nicht abgeschlossen. Da darf man sicher dieser oder jener Meinung sein. Aber der Verfassungsgeber wollte dieses Amt, und dann ist es an der Politik, dieses Amt auch wahrzunehmen und entsprechend auszufüllen. Es ist erstaunlich, dass die Sozialdemokraten betonen, wie wichtig das Amt sei und dann doch nicht mit ihren eigenen Leuten antreten. Das finde ich etwas merkwürdig. Die Bürgerlichen dagegen treten mit mir an, der unter uns am meisten Regierungserfahrung hat.

EA: Ich fühle mich überhaupt nicht als Lückenbüsserin, die eine Strafaufgabe hat. Ich wollte dieses Amt von Anfang an sehr gerne. Hans-Peter Wessels hat es sich auch eingehend überlegt, aber sich dann für den Verbleib im Baudepartement entschieden. Ich finde, das Präsidialdepartement hat viele sehr spannende Aufgaben. Vor allem was die Stadtent-

wicklung angeht; das ist eine sehr wichtige, sehr spannende Aufgabe. Da könnte ich auch meine umweltpolitischen Anliegen einbringen, gerade was die Quartiergestaltung angeht. Auch die Gleichstellung ist im Präsidialdepartement angesiedelt, nach wie vor eine sehr wichtige Aufgabe mit Fragen um Lohngleichheit, Teilzeitstellen und Kinderbetreuung während der Ferien, ein in Basel noch ungelöstes Problem. Auch die Integration ist ein wichtiges Thema, das mir sehr am Herzen liegt.

BD: Die Basler Bevölkerung wählt ja nicht sieben Departementsvorsteher, darunter den Vorsteher des Präsidialdepartements, sondern sieben Regierungsräte und hiervon einen Regierungspräsidenten. Es geht dabei zentral um die Herausforderung, wie weit bringt der Regierungsrat als Kollegium den Kanton weiter und wie weit bleibt man im Tagesgeschäft des Departements gefangen. Wer hat die Musse, die Zeit und den Überblick für strategische Überlegungen? Wenn es nur um die Sitzungsleitung am Dienstagvormittag geht, dann kann man das Amt auch wieder alljährlich rochieren lassen.

EA: Aber die Stadtentwicklung ist doch im Präsidialdepartement angesiedelt, wo es um die strategische Entwicklung der Stadt geht. Man ist nicht ein Stadtpräsident und damit der Verwaltungschef, wie in anderen Schweizer Städten, aber natürlich gehört die Führung der Regierung zu den Aufgaben. Da wäre es mir sehr wichtig, dass die Regierung als Kollektivbehörde gut zusammenarbeitet.

BD: Richtig, die Stadtentwicklung soll hier Grundlagen liefern, auf denen die Regierung dann eingehend diskutieren und entscheiden kann. Es geht mir um die mittelfristige Strategie des Kantons, da ist noch deutlich Potenzial vorhanden.

EA: Guy Morin hat in acht Jahren das Departement hervorragend aufgestellt, aber ich denke auch, dass es an der Zeit ist, vieles zu überprüfen, gerade was die Schnittstellen zu den anderen Departementen angeht.

In diesem Departement gibt es viele kleine Königreiche, viele Alphonchen. Ist das Präsidialdepartement überhaupt führbar?

BD: Ich habe im Justiz- und Sicherheitsdepartement ein Departement übernommen, in das sich nicht viel drängen und trauen. Bei uns ist immer viel Pulverdampf, auch mit sehr starken Führungspersönlichkeiten. Ich habe verschiedene Umstrukturierungen erreicht und substanzial in die Führungskultur investiert. Wir stehen heute messbar besser da als noch vor ein paar Jahren. Da traue ich

Baschi Dürr

Mit Jahrgang 1977 ist Dürr schon der amtsälteste der bürgerlichen Regierungsräte, die wieder antreten. Er ist seit 2013 Justiz- und Sicherheitsdirektor.

die empathische Grüne

wollen das Regierungspräsidium von Guy Morin übernehmen - die Kandidierenden im Gespräch

mir auch die Führung des Präsidialdepartements zu.

EA: Es hat im Präsidialdepartement sicher starke Persönlichkeiten, gute Leute sind auch meistens starke Persönlichkeiten. Aber die muss man natürlich führen, das ist die Aufgabe des Departementsvorstehers oder der Departementsvorsteherin.

Baschi Dürr, ein Wechsel ins PD - ist das nicht ein Machtverlust für Sie?

BD: Rein vom «Wohlfühlfaktor» her müsste ich keinen Wechsel anstreben, ich bin sehr gerne Justiz- und Sicherheitsdirektor. Aber wenn man sich nur dort ausruht, wo man sich wohlfühlt, kommt man nicht weiter - und kommt auch der Kanton nicht weiter. Es geht mir tatsächlich darum, die Position des Regierungspräsidenten im Interesse des Kollegiums weiter zu stärken.

Und Sie, Frau Ackermann, sehen Sie sich als «Grüssaugusta»?

EA: Da gibt es, glaube, ich keine weibliche Form. Wie gesagt, ich habe als Grossratspräsidentin viel Repräsentationsarbeit gemacht und gemerkt, dass ich es gerne mache. Es ist sehr interessant, man lernt sehr viele Leute kennen. Und es ist auch wichtig für viele Leute, insbesondere für solche, die wertvolle Freiwilligenarbeit leisten, dass der Kanton seinen Respekt erweisen und eine Anerkennung überbringen kann. Eine zentrale Aufgabe ist auch die Vertretung des Kantons in Bern und im Umland.

Danke für die Überleitung. Ist in Bern mehr zu holen, als das derzeit gelingt? Und wie holt man mehr?

BD: Das muss das Ziel bleiben, egal wer Regierungspräsident wird. Und ich denke, wir haben in letzter Zeit Fortschritte erzielt, trotz aller Kritik. Bei uns in der Region ist die Schwierigkeit, dass etwa Infrastrukturprojekte rasch durch mehrere Länder, Kantone und Gemeinden gehen. Erfolgreiches Lobbying in Bern beginnt bei der Zusammenarbeit in der Region: So haben wir es zum Beispiel mit Baselland zusammen geschafft, dass mehr Grenzwächter in die Nordwestschweiz kommen sollen. Man kann also sehr wohl etwas erreichen, wenn man zusammenarbeitet.

EA: Das ist auch einer meiner Vorteile, ich bin in Baselland aufgewachsen, arbeite dort, kenne mich aus. Ich denke, wir müssen in vielen Bereichen zusammenarbeiten, das ist sicher nicht einfach in der aktuellen Situation. Denn in Bern ist das Riesenproblem wirklich die Zersplitterung der Region. Wir werden viel zu wenig als starke Wirtschaftsregion wahrgenommen.

Reden wir über Kulturpolitik. Elisabeth Ackermann, Sie stehen im Verdacht, nur noch Alternativkultur zu forcieren, Baschi Dürr, bei Ihnen befürchtet man, Sie fallen mit dem Rechschieber und zwei Controllern im Theater ein. Was stimmt?

BD: Die Kernfrage lautet: Ist der Kulturminister der grosse Intendant, ist er der Zahlonkel oder aber der Ermöglicher? Es ist wichtig zu thematisieren, wofür wir die enormen Summen, die in die Kultur fließen, ausgeben. Wir müssen uns überlegen, was ist - Achtung, böses Wort! - der Zweck der staatlichen Kulturförderung. Es sind Steuergelder, die alle bezahlen, da muss es auch gewisse übergeordnete Ziele geben. Ich kann mir vorstellen, Institutionen mehr in die Eigenständigkeit zu entlassen. So gibt es keinen Grund, weshalb die Museen Teil der Kernverwaltung sind. Zudem sollten wir tendenziell mehr einzelne Projekte und Ideen unterstützen, anstatt Institutionen zu fördern.

EA: Für mich ist klar, dass der Staat sicher nicht als Intendant tätig sein kann. Es geht darum, Kultur zu ermöglichen, Kultur muss entstehen können. Wir sind sehr gut aufgestellt, und die Kultur ist für Basel sehr wichtig. Sie ist von der Bevölkerung gewünscht, vieles ist von unten gewachsen, und sie ist auch ein wichtiger Standortfaktor für Basel.

Also ein Wildwuchs?

BD: Wildwuchs muss ja nichts Negatives sein! Hier entsteht etwas. Das Problem ist, dass rasch alle zu den Honigtöpfen des Staates drängen. Und hier muss man genau überlegen und begründen, was unterstützt man wo und wie. Institutionen oder Inhalte? Was heisst denn eigentlich Alternativkultur und Elitekultur? Ist Elite das, was auch dann noch teuer bleibt, wenn es hochsubventioniert wird? Ist etwas noch alternativ, wenn es Staatsgelder will?

EA: Ich meine mit Förderung der Alternativkultur, dass nicht nur die grossen Häuser unterstützt werden sollen.

Heisst das, man muss eventuell auch bei den Grossen Abstriche machen?

BD: Am Schluss muss doch die Überlegung sein, warum fördert der Staat etwas, kauft er sozusagen etwas ein. Hat es Strahlkraft, fördert es Innovation, oder dient es der Integration, etc. Darum muss es gehen, nicht darum, was hat die grösste Lobby im Grossen Rat. Sie spre-

chen die Diskussion Leuchtturm gegen Giesskanne an. Wir müssen sehen, dass die Giesskanne nicht immer breiter wird, andererseits aber auch, dass nicht auf alle Zeiten die Immergleichen alles kriegen. Das ist, zugegeben, ein Widerspruch. Aber das sind die Fragen, die es zu beantworten gilt.

EA: Ich wehre mich gegen die Idee, dass der Staat Kulturleistungen einkauft. Es ist nicht, wie wenn man bei den BVB etwas Bestimmtes bestellt. Bei der Kultur kann man nicht sagen, ich will genau das und das. Der Staat muss die Bedingungen schaffen, dass Kultur entstehen kann.

BD: Selbstverständlich ist das nicht wie eine Tramlinie, bei der man eine Verbindung von A nach B bestellt. Aber: Wenn man Steuergelder für etwas einsetzt, dann muss dahinter eine politische Idee stehen, ein Grund, dies zu tun. Der private Mäzen kann willkürlich Geld ausgeben, das dürfen wir mit Steuergeldern nicht machen.

Ist das Präsidialdepartement, so wie es ist, gut organisiert? Braucht es zusätzliche Teile, oder muss etwas weg?

BD: Werde ich gewählt, werden die Strukturen grundsätzlich angeschaut. Von Grund auf, nicht einfach ein bisschen an den Rändern.

EA: Ich würde nach acht Jahren auch einmal schauen, sind die Strukturen richtig, ist das Richtige zusammengesfasst. Man könnte sich schon vorstellen, dass es noch andere departementsübergreifende Aufgaben gibt, die ins Präsidialdepartement passen würden. Ich hätte Ideen, aber das kann ich jetzt noch nicht sagen.

Elisabeth Ackermann: Baschi Dürr ist sich Beschuss gewohnt. Warum wollen Sie sich so exponieren, sich Kritik aussetzen, inklusive zu Ihren Schuhen und Kleidern, so wie Guy Morin?

EA: Ich halte es mit Karl Valentin: «So was ignoriere ich nicht mal.»

Elisabeth Ackermann

Die grüne Politikerin hat Jahrgang 1963 und arbeitet als Musiklehrerin am Gymnasium Liestal. Sie präsierte den Grossen Rat 2015/16.





So sieht der neue

SP									
Dominique König-Lüdin	Sibylle Benz Hübner	Tim Cuénod	Beatriz Greuter	Thomas Gander	René Brigger	Otto Schmid	Ursula Metzger	Brigitte Hollinger	Rudolf Rechsteiner
SP									
Steffi Luethi	Claudio Miozzari	Mustafa Atici	Tanja Soland	Kerstin Wenk	Salome Hofer	Sarah Wyss	Pascal Pfister	Georg Mattmüller	Edibe Gölgeci
SVP									GB
Andreas Ungricht	Daniela Stumpf	Beat Schaller	Felix Wehrli	Christian Meidinger	Toni Casagrande	Rudolf Vogel	Eduard Rutschmann	Heinrich Ueberwasser	Barbara Wegmann
GB			LDP						
Raphael Fuhrer	Jürg Stöcklin	Thomas Grossenbacher	Patricia von Falkenstein	Raoul Furlano	Michael Koechlin	Stephan Schiesser	Catherine Alioth	Felix Eymann	André Auderset
FDP							CVP		
Mark Eichner	Beat Braun	Peter Bochsler	Luca Urgese	Stephan Mumenthaler	Christian Moesch	Andreas Zappalà	Oswald Inglin	Beatrice Isler	Remo Gallacchi

Junge Frauen und olympisches Silber

Fakten 19 neue und 6 abgewählte Kandidaten - das sind die Veränderungen im Basler Parlament

VON SAMUEL HUFSCHEID

Im Jahr 2000 gewann sie an den Olympischen Spielen in Sydney Silber im Degenfechten, am Sonntag gelang ihr für die SVP der Sprung in den Grossen Rat: **Gian-na Hablützel-Bürki** ist die vielleicht prominenteste Neo-Grossrätin - aber nicht die einzige. Auch FCB-Reporter **René Häfliger** ist stadtbekannt und wird ab Februar 2017 für die LDP politisieren. Die SP verstärkt sich mit zwei Polit-Grössen: Parteipräsidentin **Brigitte Hollinger** kehrt nach sechs Jahren Pause in den Rat zurück, und **Kaspar Sutter**, der intern bereits als möglicher künftiger Regierungskandidat gilt, startet seine Legislativ-Karriere. Sutter wird seinen aktuellen Job als Generalsekretär von Finanzdirektorin Eva Herzog an den Nagel hängen. **Claudio Miozzari** und **Sebastian Kölliker** sind zwei weitere Neo-SP-Grossräte, beide sind im Verein Kulturstadt jetzt engagiert, Miozzari sogar als dessen Präsident. Kölliker ist übrigens der jüngste aller Grossräte und der erste in den 90er-Jahren geborene Volksvertreter Basels.

Prominente Rückkehrer gibts nicht nur in der SP, sondern mit **Stephan Schiesser** (LDP), **Jürg Stöcklin** (GB) und **Balz Herter** (CVP) auch in anderen Parteien. Schiesser ist Inhaber der gleichnamigen Confiserie am Marktplatz, Stöcklin ist Biologie-Professor und ehemaliger Parteipräsident der Grünen.

Während sich die Neugewählten über ihren Erfolg freuen können, dürfen sechs amtierende Ratsmitglieder ab Februar 2017 nur noch auf der Zuschauertribüne des Grossratssaals Platz nehmen. Der bekannteste unter ihnen ist Polit-Querulant **Eric Weber**, dessen rechtspopulistische Partei die Wiederwahl nicht schaffte. Verwaltungsintern wird bereits von einem Stellenabbau im zweistelligen Bereich gemunkelt - weil so viel Personal mit der Verantwortung von Webers sinnfreien Anfragen (Text rechts) beschäftigt war. Politisch bedeutender ist die Nicht-Wahl von **Dieter Werthemann** (GLP), denn sie kostet die Kleinstpartei die Fraktionsgrösse.

Wegen des schlechten Abschneidens der CVP wird die Familie Gallacchi nur noch mit einem Mitglied vertreten sein -

50,9

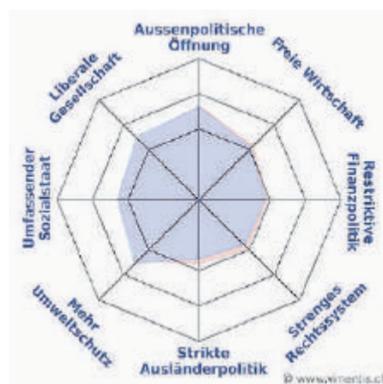
Jahre beträgt der Altersdurchschnitt der gewählten Grossräte. Die Kandidaten waren im Durchschnitt vier Jahre jünger.

Pasqualine Gallacchi wurde nach fünf Jahren im Grossen Rat abgewählt; ihr Cousin Remo hat die Wiederwahl hingegen geschafft. Mit der Abwahl von **Michel Rusterholz** hat auch das kurze Intermezzo der Basler BDP im Grossen Rat ein abruptes Ende gefunden. Der ehemalige SVP-Grossrat trat erst im Mai dieses Jahres aus der Partei aus und zur BDP über, als er für die Wiederwahl nicht nominiert worden war.

Ältere Männer bevorzugt

Mit 52,3 Jahren im Schnitt sind die männlichen Grossräte fast fünf Jahre älter als ihre Kolleginnen. Das Durchschnittsalter aller 763 Kandidatinnen und Kandidaten war mit 46 Jahren hingegen tiefer; bevorzugt gewählt wurden demnach eher die älteren Parteivertreter. Der Älteste unter den Gewählten ist SVP-Politiker Roland Lindner mit Jahrgang 1937.

Frauen sind im Grossen Rat weiterhin in Unterzahl. Sie besetzen - wie bereits 2012 - 31 der 100 Sitze, stellten jedoch mit 35,1 Prozent einen leicht höheren Anteil im Kandidatenfeld. Mit zwei zusätzlichen



Sitzen für Rot-Grün dürfte sich das Parlament leicht nach links bewegen. Zu diesem Schluss kommt auch das Forschungsinstitut Vimentis, das die politischen Profile der neu gewählten mit den bisherigen Parlamentariern verglich. Dabei ergab sich, dass sich der neue Grossrat vor allem für mehr Umweltschutz, eine weniger strikte Ausländerpolitik und ein weniger strenges Rechtssystem einsetzen wird.

Grosse Rat aus

SP



Tobit Schäfer



Daniel Goepfert



Danielle Kaufmann



Leonhard Burckhardt



Jörg Vitelli



Toya Krummenacher



Erdogan Seyit



Christian von Wartburg



Jürg Meyer



Kaspar Sutter

SP



Franziska Reinhard



Sebastian Kölliker



Franziska Roth-Bräm



Sasha Mazzotti

SVP



Patrick Hafner



Roland Lindner



Gianna Hablützel-Bürki



Pascal Messerli



Joël Thüring



Alexander Gröflin

GB



Michael Wüthrich



Daniel Spirig



Tonja Zürcher



Beat Leuthardt



Michelle Lachenmeier



Ugur Camlibel Talha



Harald Friedl



Nora Bertschi



Anita Lachenmeier



Beatrice Messerli

LDP



René Häfliger



Heiner Vischer



Thomas Müry



François Bocherens



Jeremy Stephenson



Daniel Hettich



Thomas Strahm



Christophe Haller



David Jenny



Erich Bucher

FDP

CVP



Balz Herter



Helen Schai-Zigerlig



Andrea Knellwolf



Christian Griss-Elber

GLP



Aeneas Wanner



Martina Bernasconi



David Wüest-Rudin



Katja Christ

AB



Olivier Battaglia

EVP



Annemarie Pfeifer

Der Grosse Rat verliert seinen berühmtesten Hintern

Abwahl Eric Weber verlässt den Grossen Rat nach vier Jahren. Ein Rückblick auf seine denkwürdigsten Momente.

VON STEPHANIE BRÜCKNER

Beinahe 400 000 Klicks verzeichnet das berühmte Youtube-Video des abgewählten Grossrats Eric Weber (VA). Der Inhalt: viel Geschrei, ein nackter Hintern und der Ausruf «Staatsanwaltschaft, leck mich am Arsch!». Der Ausraster von Weber im «BaZ»-Interview vom Juni 2013 führte zum wohl bekanntesten Eklat – jedoch blieb es bei weitem nicht der einzige.

Bereits am Wahltag im Oktober 2012 tickte Weber aus. Als die Wahlergebnisse verkündet wurden, stürzte er das Wahlpodium. Dabei beklagte er sich über die Zustände, die er im Basler Gefängnis erleben musste: «Ich konnte mich eine Woche lang nicht rasieren.» Weber sass eine Woche lang in Untersuchungshaft. Es wurde wegen Wahlbetrug gegen ihn ermittelt.

Trotz Verurteilung im Jahr 2014 behielt er seinen Sitz im Grossen Rat. Wohl kaum zur Freude von Regierungspräsident Guy

Morin. Denn Weber versprach bereits bei Amtsantritt: «Ich werde das Parlament lahmlegen.» Tatsächlich reichte der Politiker eine Flut von Vorstössen, Motionen und schriftlichen Anfragen ein, die die Regierung teilweise brillant parierte. Hier der Countdown zu den Highlights:

8 «Stimmt es, dass es bei der Kantonalbank keine Sparschweine mehr gibt, da türkische Grossräte eine Protest-Note eingaben?»

Webers Sorge nach den Sparschweinen erwies sich als unbegründet, wie das Büro des Grossen Rates mitteilen konnte: «Es gibt keine türkischen Grossratsmitglieder, da der Souverän das Ausländerstimmrecht abgelehnt hat.» Die Sparschweine sind somit ausser Gefahr.

7 «Basel mutiert zur Hauptstadt in Sachen vegan. Wie ist die Einstellung unserer geschätzten Regierung zur Sache vegan?»

So viele Fans der Veganismus in Basel auch haben mag, die Antwort der Regierung blieb simpel. Denn der Regierungsrat «äussert sich nicht zu spezifischen Ernährungsweisen» – sehr zum Leid von Eric Weber.



«Staatsanwaltschaft, leck mich am Arsch!»

Eric Weber
abgewählter Grossrat

6 «Kann der Kanton Basel ab sofort einführen, an allen Schulen, dass zu Beginn des neuen Schuljahres immer die Basler Nationalhymne «Basel an meinem Rhein – Ja da möchte ich sein» gesungen wird?»

So schön die Übersetzung ins Schriftdeutsche auch klingt – die Auswahl der gesungenen Lieder liegt in der Kompetenz der Schulen, wie der Regierungsrat mitteilt. Zudem weist er Herrn Weber zurecht: «Einen Kanton Basel gibt es derzeit nicht.»

5 «Sind die Asylanten an der Taubengasse schuldig? Aus welchem Land stammen die Tauben? Seit wann leben die Tiere in Basel? Ist es das Jahr 1231 oder 1351?»

Es ist eine der neuesten Anfragen von Weber. Sie befindet sich zurzeit noch in Bearbeitung. Denn die Chroniken sollen ja sorgfältig geprüft werden, um das Einzugsjahr der Taube zu bestimmen.

4 «Sind wir hier in England oder Basel?»

Diese Frage stellt sich Weber, nachdem das Naturhistorische Museum in einer Stellenanzeige englische IT-Begriffe verwendet hat. Noch mehr zu stören schien

ihn aber der Umstand, dass Weber die Stelle trotz Bewerbung nicht bekam. Er machte deutlich, dass er sich selbst für den geeignetsten Kandidaten hielt.

3 «Ist Baden in Basler Brunnen überhaupt erlaubt?»

«Ja.» Denn oft liegt ja gerade in der Kürze die bekannte Würze.

2 «Viele meiner schriftlichen Anfragen werden vom Parlament nicht angenommen. Wer ist für diesen Fall zuständig?»

So unverständlich es auch scheint, bei solch grossartigen Ideen: Webers Vorstösse wurden teilweise vom Parlament nicht angenommen. Daher die Anfrage. Sie befindet sich zurzeit in Bearbeitung. Vielleicht kann sie ja auch noch zurückgeschickt werden.

1 «Wäre es möglich, dass das Volk eine Abstimmung über einen Namenswechsel von Basel auf Eric-Weber-Stadt durchführt?»

Bei solch gut begründeten Anfragen blieb dem Regierungsrat nichts anderes übrig, als Weber freundlich auszurichten: «Wir raten davon ab.»

Der zweite Wahlgang rettet Baschi Dürr – aber nur ihn allein

In den Ruinen des bürgerlichen Basel

Von Markus Somm

In diesen Stunden der Niederlage muss man ehrlich sein: Die Bürgerlichen, und zu denen zähle ich mich, haben sämtliche Wahlziele, die sie sich gegeben hatten, nicht erreicht. Man strebte in Basel-Stadt eine bürgerliche Wende an, und zwar sowohl im Grossen Rat als auch im Regierungsrat, man stellte einen Kandidaten fürs Regierungspräsidium, mit der Absicht, dieses undankbare, aber prestigereiche Amt der Linken zu entreissen, man schloss sich zum ersten Mal zusammen und suchte den Schulterschluss – und fand gemeinsam das Desaster. Die FDP ist dezimiert, die Mehrheit glitzert in weiter Ferne, die SVP, obwohl stärkste bürgerliche Kraft im Kanton, hatte offensichtlich den schwächsten Kandidaten und verdurstet in der Wüste der Regierungslosen. Baschi Dürr schliesslich, der unglückliche Sicherheitsdirektor, entging nur knapp der Abwahl. Vom Präsidium redet ohnehin niemand mehr, es scheint für immer den Grünen zu gehören. Man sprach von vielem und erzielte nichts.

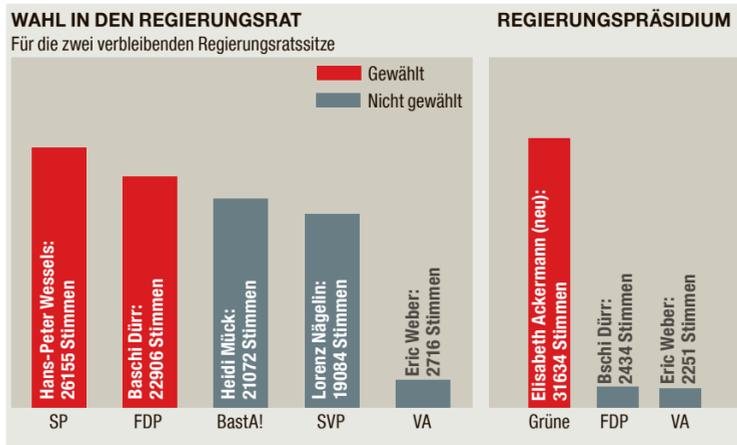
Dumme BaZ

Gibt es Ursachen? Gibt es Schuldige? Gewiss, es mag für die bürgerliche Sache nicht hilfreich gewesen sein, dass wir von der Basler Zeitung Baschi Dürr, den Freisinnigen, so hart untersucht haben – doch hätten wir es nicht getan, wäre uns zu Recht der Vorwurf gemacht worden, parteipolitisch motiviert zu recherchieren: Wenn es uns passt, bohren wir unerbittlich, wenn es uns widerstrebt, blicken wir weg. Das mögen andere tun – wir tun es nie. Hilfreicher für die Bürgerlichen wäre in diesem Zusammenhang aber bestimmt gewesen, wenn Baschi Dürr die Fehler, die ihm unterlaufen waren, rechtzeitig korrigiert hätte, statt sie zu bagatellisieren oder zu beschweigen. Wenn für die Polizeiaffäre jemand verantwortlich war, dann Dürr – und kein anderer.

Doch Wahlen werden nicht verloren, weil ein einzelner Kandidat Fehler begeht. Chancen werden auch nicht verspielt, weil man Spassismus statt Substanz bietet – Wahlen werden verloren, weil man vier Jahre lang versagt. Versagt haben die Bürgerlichen, weil es dem unbefangenen Wähler nie ganz klar war, was denn die Alternative wäre zum rot-grünen Regiment – man hat es vier Jahre lang versäumt, das klarzumachen. Kurz vor den Wahlen herauszustreichen, was man als Bürgerlicher anders tun würde, reicht nicht; obschon zuzugeben ist, dass die Bürgerlichen nicht einmal das zustande



Basel tickt links. Die neue Basler Regierung: Lukas Engelberger (CVP), Hans-Peter Wessels (SP), Eva Herzog (SP), Elisabeth Ackermann (Grüne), Baschi Dürr (FDP), Conradin Cramer (LDP) und Christoph Brutschin (SP) (von links nach rechts). Foto Kostas Maros



Bisherige bestätigt. Mit einer Wahlbeteiligung von 48,2 Prozent hat das Stimmvolk in Basel-Stadt Hans-Peter Wessels (SP) und Baschi Dürr (FDP) gewählt. Grafik BaZ

brachten. Der Spassismus der vier jungen Schwiegersöhne aus bürgerlichem Hause verdeckte ein ernsthaftes Problem: Den drei bürgerlichen Regierungsräten im Amt war vier Jahre lang zuvor nicht viel gelungen, was man als besonders bürgerlich hätte bezeichnen müssen.

Machte es überhaupt einen Unterschied, dass sie an der Sitzung der Regierung sass und sich am Ende überstimmen liessen? Oder dienten sie der Linken nicht eher dazu, ihre Alleinherrschaft zu bemanteln? Von bürgerlichen Akzenten, von bürgerlichem Widerstand, von liberalen Prinzipien,

die man bis zum letzten Blutstropfen verteidigt hätte, um dann ehrenvoll massakriert zu werden: Davon war wenig zu sehen und zu spüren. Ein gutes Beispiel ist Christoph Eymann, der abtretende Bildungsdirektor von den Liberalen, der seit Jahren eine Bildungspolitik betreibt, die kein Sozialdemokrat sozialdemokratischer gestalten könnte. Warum also bürgerlich wählen, wenn sowieso alles links bleibt?

Ehre, wem Ehre gebührt

Basel tickt links – damit haben sich die Bürgerlichen längst abgefunden, es scheint sie gar nicht mehr zu quälen, ja zuweilen beschleicht mich der Verdacht, man habe den Sieg gar nicht richtig gewollt, weil man in einem solchen Fall nämlich in der Verantwortung gestanden hätte. Was für ein bedrohlicher Gedanke: Alles, was in Basel-Stadt in Zukunft nicht sehr bürgerlich ausgefallen wäre, hätte man den Bürgerlichen anlasten müssen. Heute dagegen nach einer weiteren fulminanten Niederlage lebt es sich für die drei jungen Bürgerlichen in der Regierung bequemer: Die Linke nimmt, die Linke gibt, die Linke ist schuld.

Deshalb zum Schluss ein Wort zu den Siegern. Es gibt nichts Überzeugenderes als einen Sieg – weswegen ich mich hier für ein Mal zurückhalte. Wer eine monatelange Kampagne der BaZ gegen sich überlebt, wie etwa der unzerstörbare Hans-Peter Wessels, verdient jeden Respekt. Das Gleiche gilt für Eva Herzog und Christoph Brutschin, die wir in der Regel genauso wenig schonen wie Baschi Dürr oder Sebastian Frehner. Offensichtlich macht es die Linke in Basel gut – aus meiner Sicht kommt es zwar nicht gut, aber das ist heute nicht das Thema. Die Linke kann noch einmal vier Jahre lang zeigen und prägen, was sie unter einem erfolgreichen Basel versteht. Wir wünschen viel Glück. markus.somm@baz.ch

Wahlen & Abstimmungen

Regierungsratswahl BS	Seiten 2/3
Wahl Regierungspräsidium BS	Seiten 2/3
Abstimmung Deponiestandorte	Seite 19
Abstimmung Rheinstrasse	Seite 23
Abstimmung Kunsteisbahn	Seite 23
Abstimmung Münchenstein	Seite 24

Mühsamer Sieg im Spitzenspiel

Der FC Basel musste sich den 2:1-Erfolg in Sion hart erarbeiten

Sion. Ohne spielerisch zu überzeugen, konnte der FC Basel das Spitzenspiel der 16. Super-League-Runde gegen Sion mit 2:1 für sich entscheiden. Nur vier Tage nach dem 0:0 in der Champions League gegen Rasgrd kehrte Rotblau wieder zum Sieg zurück.

In einer umkämpften Partie war es Captain Matias Delgado, der die Basler in der ersten Halbzeit in Führung bringen konnte. Nach dem zwischenzeitlichen Ausgleich sorgte dann Marc Janko in der 77. Minute mit dem 2:1 für die Entscheidung – ehe der Österreicher noch mit Gelb-Rot vom Platz gestellt wurde. **Seiten 34, 35, 36**

Deutliches Nein zu neuer Steuer

Keine eigene Energieabgabe im Kanton Basel-Landschaft

Liestal. Der Kanton Baselland schafft in der Schweiz kein neues Präjudiz: Die Stimmberechtigten lehnten gestern eine eigene kantonale Steuer auf nicht-erneuerbarer Energie ab. 57,45 Prozent der Stimmberechtigten stimmten gegen die von der Regierung und vom Landrat befürwortete neue Steuer. Die Stimmbeteiligung betrug 40,55 Prozent.

Für die neue Steuer hatte sich eine breite Allianz von FDP, CVP, SP und Grünen eingesetzt. Sie mussten jedoch zur Kenntnis nehmen, dass die Stimmberechtigten zwar hinter den energiepolitischen Zielen stehen, nicht aber hinter der Finanzierung durch Liegenschaftsbesitzer und Mieter. Anders als die Energiesteuer-Vorlage wurde die Atomausstiegs-Initiative im Kanton angenommen. **Seiten 19, 24**

Ein Volksfest mit Dauersieger

Tadesse Abraham triumphiert am 34. Basler Stadtläuf

Basel. Rund 9000 Läuferinnen und Läufer und unzählige Zuschauer am Strassenrand machten die Basler Innenstadt am Samstagabend zu einer vorweihnachtlichen Sportarena. Während sich auch viele Hobbyathleten auf die Strecke wagten – Engel, Clowns, Affen und gar Tannenbäume wurden gesichtet –, lieferten sich die Läufer in den Elite-Kategorien intensive Duelle.

Der 34-jährige Genfer Tadesse Abraham setzte sich bei den Männern letztlich in einem packenden Schlusspurt durch – trotz einer Erkältung, die den Siebten des Olympia-Marathons von Rio de Janeiro behinderte. Es war bereits Abrahams sechster Erfolg in Basel, zum Rekord fehlt ihm nun noch ein Sieg. Bei den Frauen triumphierte wie im Vorjahr die überlegene Äthiopierin Helen Bekele. **Seite 33**

Doris Leuthard ist erleichtert

Schweizer sagen Nein zur Atom-Initiative der Grünen

Bern. Die Schweiz will nichts von einem schnellen Ausstieg aus der Atomenergie wissen. 54,2 Prozent der Stimmen und sämtliche Kantone – mit Ausnahme der beiden Basel, Waadt, Neuenburg, Genf und Jura – sagten Nein zur Initiative der Grünen. Besonders deutlich war das Nein in der Inner- und Ostschweiz. Auch die AKW-Standortsgemeinden verwarfen die Atomausstiegs-Initiative klar.

Energieministerin Doris Leuthard zeigte sich erfreut. Volk und Stände seien entgegen allen Umfragen den Empfehlungen des Bundesrates und des Parlaments gefolgt. «Ich bin erleichtert über diesen Ausgang», sagte Leuthard. Der Ausstieg aus der Kernenergie sei sinnvoll, warb sie für ihr eigenes Energiepaket, er solle aber «nicht übereilt erfolgen». **Seite 6**

ANZEIGE

GLANZ LEISTUNG.

M • E • Z • G • E • R •

Uhren und Juwelen

Freie Strasse 101 4051 Basel
www.mezger.ch

«Die Dienstwagen-Weisung ist angepasst»

Justiz- und Polizeivorsteher Baschi Dürr (FDP) über seine Wiederwahl und Reformen in seinem Departement

Von Christian Keller

BaZ: Herzliche Gratulation zur geschafften Wiederwahl. Wie würden Sie Ihre Gefühlslage beschreiben?

Baschi Dürr: Ich freue mich natürlich und bin den über 20'000 Baslerinnen und Baslern dankbar, die mir die Stimme gegeben haben. Nach Bekanntwerden des Resultats erhielt ich viele Gratulationen. In einem solchen Moment freut man sich insbesondere auch im Verbund mit jenen vielen Menschen, die einen unterstützen haben.

Eine intensive Wahlkampfzeit ist nun zu Ende. Wie haben Sie die letzten Tage vor dem entscheidenden Urnengang erlebt?

Tatsächlich lief in den vergangenen Wochen und Monaten medial sehr viel. Das war nicht immer einfach. Ich war allerdings zuversichtlich, dass es für die Wiederwahl reicht. Beim ersten Wahlgang war der Abstand zur Konkurrenz relativ deutlich. Es geschieht selten, dass es danach noch zu grossen Verschiebungen kommt.

Die Bürgerlichen sind angetreten, um die rot-grüne Regierungsmehrheit zu stürzen. Der Versuch ist gescheitert. Welches Fazit ziehen Sie hierzu?

Zuerst einmal stelle ich erfreut fest, dass es uns gelungen ist, als Team aufzutreten. Die Geschlossenheit, die das bürgerliche Viererticket gegen aussen signalisiert hat, ist alles andere als selbstverständlich. In vorhergehenden Wahlen haben die bürgerlichen Parteien es jeweils nicht geschafft, sich zusammenzurufen. Auf einem anderen Papier steht die

Frage, inwiefern es uns gelungen ist, Inhalte zu transportieren – und wie diese von den Medien aufgenommen wurden. Letztlich dürfte sich die nächsten vier Jahre nicht viel ändern. Die Linke wie auch die Bürgerlichen verfügen im Grossen Rat über 48 Sitze. Diese Konstellation wird beide Lager zwingen, trotz allen Differenzen zusammenzuarbeiten. Ansonsten wird es nicht möglich sein, Mehrheiten zu schaffen.

Müssten sich die Bürgerlichen nicht bereits jetzt mit den Wahlen 2020 beschäftigen und die Weichen stellen, dass die Wende in vier Jahren gelingt? Etwa mit einer weiblichen Kandidatin, die Schritt für Schritt aufgebaut wird?

Wir haben immer gesagt, dass mit diesen Wahlen in Sachen bürgerlicher Zusammenarbeit ein erster Schritt gemacht wurde. Die Linke pflegt dieses Prinzip bereits seit Jahrzehnten. Und Sie haben recht: Es wird nun darum gehen, wie wir uns beim nächsten Mal aufstellen. Sei es strategisch, sei es personell.

Konkret: In welche Richtung muss es nun gehen?

Das müssen wir nun zunächst einmal unter uns diskutieren. Eine Alternative zum eingeschlagenen Weg sehe ich persönlich aber nicht.

Was nehmen Sie für sich persönlich mit von diesem Wahlkampf?

Ich habe sicherlich gelernt, dass die Haut nochmals dicker werden muss. Es gab einige schwierige Momente. Man hinterfragt sich auch immer, wie man etwas besser machen kann. Ich bin aber überzeugt, dass wir grund-



Wiederentdecktes Lächeln. Baschi Dürr nach dem Wahlergebnis. Foto K. Maros

sätzlich auf dem richtigen Weg sind. Auf diesem möchte ich konsequent weiterfahren.

Welches war für Sie der schwierigste Moment?

Die Kritik Ihrer Zeitung war von einer

Heftigkeit, wie ich es noch nie erlebt habe. Man muss in diesem Job aber lernen, damit umzugehen.

Zahlreiche Bürgerliche haben sich über die Berichterstattung der BaZ empört. Empfinden Sie die Artikel ebenfalls als unverhältnismässig und unfair?

Dass gewisse Geschichten transportiert wurden, kann ich gut nachvollziehen – was ich nach wie vor entschieden von mir weisse –, war falsch. Letztlich haben wir in der Schweiz aber eine freie Presse. Mit kritischen Medienberichten müssen wir klar kommen können.

Wie geht es nun weiter in Ihrem Departement? Werden Sie nun diese Woche an einer Pressekonferenz die Inhalte der neuen Dienstwagen-Weisung präsentieren?

Tatsächlich ist die Überarbeitung inzwischen abgeschlossen. Anhand von Vergleichen mit anderen Kantonen wurde ein neues Modell erarbeitet.

Die Dienstwagen-Weisung wurde also angepasst?

Das ist korrekt. Allerdings muss der Regierungsrat zuerst noch die geltende Spesenverordnung modifizieren, weil es eine Ausnahmebestimmung braucht. Geht alles nach Plan, kommt die Vorlage im Februar 2017 in den Regierungsrat. Dann können wir die neue Weisung umgehend in Kraft setzen.

Hätte es Ihnen nicht stark geholfen,

wenn Sie die konkreten Anpassungen bei der Nutzung von Dienstfahrzeugen früher kommuniziert hätten?

Details kann ich erst nach dem Regierungsbeschluss bekannt geben.

Wieso?

Weil es nicht üblich ist, an die Öffentlichkeit zu gehen, wenn ein Geschäft noch nicht genehmigt ist.

Es war ja auch kein gewöhnlicher Wahlkampf.

Das stimmt, aber gerade in solchen Momenten erachte ich es als umso wichtiger, sich an die Spielregeln zu halten. Man sollte nicht plötzlich anders handeln, nur weil man hofft, auf diese Weise in der Presse gut dazustehen.

Eine umstrittene Personalie in Ihrem Departement ist Polizeikommandant Gerhard Lips. Werden Sie an ihm festhalten?

Gerhard Lips ist unser Polizeikommandant! Sie werden sicherlich verstehen, dass ich keine öffentlichen Zensuren gebe über irgendeinen Mitarbeiter oder eine Mitarbeiterin meines Departements. Wir sind beim oberen Kader der Kantonspolizei schon länger daran, im Rahmen eines Organisationsentwicklungsprozesses mit externer Unterstützung einige Fragen konkret zu klären. Es geht dabei auch um die Führungskultur. Diese Arbeit werden wir nach den Wahlen fortsetzen.

Schliessen Sie personelle Wechsel aus? Wir sind mitten in einem laufenden Prozess. Es steht nun überhaupt nicht an, irgendwelche Personaldiskussionen zu führen!

Mück glaubte an ein Wunder, jetzt überwiegt die Enttäuschung

Trotz engagiertem Wahlkampf und grosser Unterstützung von Links-Grün hat es die BastA!-Kandidatin nicht in die Regierung geschafft

Von Alessandra Paone

Es wird wohl noch ein paar Tage dauern, vielleicht auch länger, bis Heidi Mück diesen Moment verarbeitet hat. Mit eingesackten Schultern und einem gequälten Lächeln steht sie an diesem Sonntag im Wahlforum des Basler Congress Centers; umringt von politischen Weggefährten, Freunden und Bekannten – und doch irgendwie allein. Kaum vorstellbar, dass dieselbe Frau noch vor fünf Wochen freudestrahlend und mit gestreckter Faust ihr hervorragendes Resultat des ersten Wahlgangs gefeiert hat. Nur 3000 Stimmen lag die BastA!-Frau damals hinter dem amtierenden Regierungsrat Baschi Dürr von der FDP. Sie sagte: «Nach diesem Resultat wäre ich ja blöd, wenn ich nicht noch einmal antreten würde.» Heidi Mück hat an ihre Chancen geglaubt, bis ganz am Schluss.

Umso grösser ist nun die Ernüchterung. Ihr Resultat ist zwar beachtlich. Sie liegt auf dem dritten Platz. 1834 Stimmen trennen sie vom gewählten Baschi Dürr, dem sie nur in den beiden Gemeinden Riehen und Bettingen unterlag. Fakt ist aber, sie hat es nicht geschafft. Von ihren Freunden lässt sie sich trösten, umarmen. Immer wieder bedankt sie sich für die aufbauenden

Worte und sagt: «Ja, ich weiss, aber ich bin enttäuscht.»

Sie gehe erhobenen Hauptes aus dieser Wahl heraus, sagt Mück später etwas gefasster zur BaZ. Ihr sehr gutes Resultat habe gezeigt, dass Rot-Grün in Basel nach wie vor eine Stimme habe. Im Vergleich zum ersten Wahlgang habe das Bündnis sogar zulegen können. «Das Establishment lässt sich nicht so leicht vom Thron stossen. Aber wir haben ihn immerhin zum Wackeln gebracht.» Mück lobt die sehr gute Zusammenarbeit der Linken und kritisiert gleichzeitig ihre Gegner. Man habe mit allen Mitteln versucht, ein Feindbild aufzubauen, «Mück, die Linksextreme». Immerhin: Dürr überreicht ihr am Ende des Tages seinen Blumenstrauss.

Geschlossene Reihen

Neben Mück wirkt Elisabeth Ackermann geradezu wie ein strahlender Weihnachtsbaum. Mit diesem Ausdruck der Glückseligkeit, der seit dem Wahlerfolg am 23. Oktober ihr Gesicht prägt, als hätte sie ihn sich tätowieren lassen, nimmt sie die Gratulationen entgegen. Für die Grünen ist alles rundgelaufen, von Anfang an. Anders als bei Mück wurden ihre Chancen auf eine Wahl selten bis nie infrage gestellt. Sie schaffte dann auch auf Anhieb den Einzug in die

Regierung. Und als Dürr seine Kandidatur fürs Regierungspräsidium zurückzog, um sich auf seine Wiederwahl zu konzentrieren, war ihr Glück komplett.

Nun hat Ackermann die Bestätigung erhalten: Sie ist Basels neue Regierungspräsidentin. «Offenbar konnte ich die Wähler überzeugen. Mein Resultat liegt weit über dem absoluten Mehr und verpflichtet mich, gute Arbeit zu leisten», sagt sie. Sie werde nun eine Regierung leiten, der sie bisher nicht angehörte. «Davor habe ich Respekt.»

Das Kräfteverhältnis in der Regierung hat sich trotz anfänglichen Prognosen nicht geändert: Rot-Grün belegt nach wie vor vier von sieben Sitzen; die SVP bleibt aus der Exekutive ausgeschlossen. Mit diesem Ergebnis darf Rot-Grün mehr als zufrieden sein – trotz Mücks Nichtwahl. «Ich bin glücklich», sagt denn auch SP-Präsidentin Brigitte Hollinger. Das Fünfer-Ticket habe funktioniert. Genau die Mobilisierung der Basis. «Man kann etwas bewirken, wenn man zusammenhält. Die Reihen waren geschlossen.»

Trotz Enttäuschung wird sich Heidi Mück nicht aus der Politik zurückziehen. Sie ist immer noch in vielen Bewegungen aktiv und will sich weiterhin für ihre Anliegen engagieren. So schnell wird ihre Stimme nicht verstummen.



«Wir haben den Thron zum Wackeln gebracht.» Heidi Mück lässt sich von ihren Freunden trösten. Foto Kostas Maros

«Markus Somm sollte sein FDP-Parteibüchlein abgeben.»

«Es gab schon spezielle Momente in diesem Wahlkampf. Arbeitgeber wurden von linker Seite als Ausbeuter gebrandmarkt. Da mussten wir uns als Verband wehren – und gerieten selber ins Visier. Wenn aber unsere Mitglieder desavouiert werden, stehen wir auf die Hinterbeine.»

«Mit Elisabeth Ackermann ist mein Wunsch nach Kontinuität in Erfüllung gegangen. Ich bin glücklich heute, aber auch ein bisschen wehmütig – es ist mein Abschied.»

«Zum Glück ist dieser Wahlkampf endlich vorbei. Baschi Dürr gehört in die Regierung. Es stimmt aber schon nachdenklich, dass Heidi Mück die Wahl nur so knapp nicht geschafft hat.»

«Herzliche Gratulation zur Wiederwahl, Hampe! Wir freuen uns auf mehr bezahlbaren Wohnraum für Basel.»

Ein bekanntes Basler FDP-Mitglied, das anonym bleiben will.

Gabriel Barell, Direktor Gewerbeverband BS

Guy Morin, aktueller Regierungspräsident

Balz Stückelberger, Baselbieter FDP-Landrat

Juso Basel-Stadt

Stärkere Polarisierung

Was nach den Basler Wahlen folgt

Das Ringen um Kompromisse wird nun härter

Die Fronten zwischen dem bürgerlichen und dem linken Lager haben sich im Wahlkampf verfestigt. Sie werden die Basler Politik stärker prägen als bisher.

VON JONAS HOSKYN

Basel bleibt definitiv rot-grün. Die Linken stellen in der kommenden Regierung weiterhin vier von sieben Regierungsräten. Der bürgerliche Angriff ist gescheitert. CVP, FDP und LDP sind nach wie vor mit je einer Person in der Exekutive vertreten. Die SVP muss weiterhin draussen bleiben. Auf den ersten Blick scheint in der Basler Politik nach den Wahlen 2016 alles beim Alten.

Dieser Eindruck täuscht allerdings: Die vergangenen Monate haben zwei stabile Lager mit festen Fronten geschaffen. Auf der bürgerlichen Seite ist es gelungen, den Schulterschluss von CVP über FDP und LDP bis hin zur SVP hinzukriegen und sich im Wahlkampf nicht auseinanderdividieren zu lassen. Und das, obwohl einige Differenzen auftauchten: etwa CVP- und FDP-Kandidaten, welche sich öffentlich gegen die SVP aussprachen; oder das Referendum gegen den Kasernen-Neubau, bei dem die CVP nicht mit ihren bürgerlichen Partnerparteien mitzog. «Das Schwierigste haben wir überstanden», meint SVP-Präsident Sebastian Frehner denn auch mit Blick auf

«Es wird schwieriger werden, Kompromisse zwischen dem linken und dem bürgerlichen Lager zu schliessen.»

Luca Urgese FDP-Präsident

die Zukunft. Das nächste Mal werde der Schulterschluss nicht mehr für derart viele Diskussionen sorgen. «Das war ein grosser Schritt für die bürgerliche Politik.» Rot-Grün habe schliesslich in den letzten Jahren gezeigt, wie viel sich erreichen lässt, wenn die Reihen geschlossen bleiben.

Dass es mit dem Machtwechsel nicht geklappt hat, ist für den SVP-Präsidenten zu verschmerzen. «Wir wussten, dass die Ausgangslage schwierig wird. Lorenz Nägelin hat jedoch ein gutes Resultat gemacht.» Dieses sei vielversprechend im Hinblick auf die kommenden Wahlen.

Auch FDP-Präsident Luca Urgese sagt: «Das war ein erster Schritt in die richtige Richtung. Ich bin überzeugt, dass wir auf dem richtigen Weg sind.» Klar ist für ihn, dass sich die politische Lagerbildung der vergangenen Monate im Tagesgeschäft niederschlagen wird. «Es wird schwieriger werden, Kompromisse zwischen dem linken und dem bürgerlichen Lager zu schliessen», sagt Urgese. Es sei angesichts der Patt-Situation im Parlament absehbar, dass in den kommenden Jahren häufiger Referenden gegen knappe Entscheide ergriffen werden. Nicht zuletzt wertet Urgese die Nicht-Wahl von Basta-Kandidatin Heidi Mück als Absage an Linksaussen. «Die Re-



gierung sollte nicht zu links politisieren, sonst greift der Stimmbürger korrigierend ein», sagt der FDPler.

Bürgerliche und Linke gleich stark

Das sieht man im linken Lager anders. «Das starke Resultat von Heidi Mück zeigt, dass es viele Wähler gibt, die sich eine linke Politik der Regierung wünschen», sagt Tonja Zürcher, Co-Präsidentin der Basta. SP-Präsidentin Brigitte Hollinger ergänzt: «Die bürgerlichen Parteien werden nicht alles von der SVP absegnen lassen, aber in Sachgeschäften wird das Lager sicher rechter politisieren.»

Der Kampf um Mehrheiten dürfte sich verschärfen. Im Basler Parlament stehen sich die Lager mit je 48 Sitzen gleichstark gegenüber. Eine politische Kraft zwischen den Lagern ist kaum auszumachen. Die Grünliberalen - bisher oftmals das Zünglein an der Waage - haben einen Sitz verloren und stellen neu noch vier Parlamentarier. Ob sie im Grossen Rat künftig überhaupt

noch eine Fraktion bilden und in den Kommissionen sitzen können, ist fraglich.

Die Arbeit der Regierung dürfte von der Lagerbildung deutlich weniger stark betroffen sein. So bleibt die parteipolitische Zusammensetzung des Gremiums gleich: Bei den Grünen folgt Elisabeth Ackermann als Regierungspräsidentin auf Guy Morin. Im Erziehungsdepartement wird voraussichtlich Conradin Cramer (LDP) seinen politischen Ziehvater Christoph Eymann beerben. Ackermann betont, vermehrt grüne Anliegen einbringen zu wollen, sonst aber unterscheidet sie sich so wenig von Morin wie Cramer von Eymann. Die bisherigen Regierungsräte werden ihre Departemente behalten. Insofern sind von der künftigen Regierung keine grundsätzlichen Richtungswechsel zu erwarten. «Ich verstehe das Wahlergebnis grundsätzlich so, dass eine Mehrheit die Arbeit der Regierung stützt - und als Auftrag, so weiterzumachen», sagt SP-Regierungsrat Christoph Brutschin.

MITARBEIT: MARTINA RUTSCHMANN

REAKTIONEN

Ein langer Wahlkampf, der an die Substanz gegangen ist

Hans-Peter Wessels, SP

Herr Wessels, was überwiegt: Die Freude über die Wiederwahl oder die Enttäuschung ob der Nichtwahl von Heidi Mück?

Hans-Peter Wessels: Wenn man realistisch ist, war weder das eine noch das andere überraschend.



ein Kompliment für die bisherige Regierungsarbeit. Wir müssen uns aber weiterentwickeln. In meinem Bereich ist die Wohnungsnot ein vordringliches Problem.

Sie werden persönlich für die Verkehrspolitik in diesem Kanton verantwortlich gemacht.

Wir haben im Vergleich mit anderen Städten eine hervorragende Verkehrspolitik. Wir haben am wenigsten Stau, wir haben einen ausgezeichneten ÖV. Schwächen haben wir im grenzüberschreitenden öffentlichen Verkehr und im Veloverkehr. Dieses Dossier ist umstritten, damit muss man aber umgehen können. Ich fühle mich bestätigt in meinem Weg. (RUT)

Baschi Dürr, FDP

Herr Dürr, Sie haben die Wiederwahl ge- schafft, allerdings ziemlich knapp. Was bedeutet das?

Baschi Dürr: Ich bin meinen Wählern dankbar. Es geht jetzt darum, meine Arbeit fortzusetzen.



Die Bevölkerung hat Heidi Mück ebenfalls stark unterstützt. Was machen Sie mit dieser Botschaft?

Ein Gesamtfazit ist schwierig. Heidi Mück hat aber einen guten Wahlkampf geführt.

Ich gönne ihr dieses Resultat.

Es bleibt bei einer bürgerlichen Minderheit. Sind Ihnen nun die Hände gebunden?

Wie sich die Politik in den nächsten vier Jahren gestaltet, werden wir sehen. Ich bin überzeugt, dass wir uns zusammenraufen können.

Sie haben viele Baustellen in Ihrem Departement. Ist Ihnen die Rückkehr in Ihr Departement unangenehm?

Nein, gar nicht. Wir haben Arbeit vor uns, und wir müssen unseren Weg konsequent weitergehen. Wir dürfen uns nicht aus dem Konzept bringen lassen. (RUT)

Heidi Mück, Basta

Frau Mück, Sie sind gescheitert, aber mit einem achtbaren Resultat.

Heidi Mück: Im ersten Moment ist es eine Enttäuschung. Das muss ich zugeben. Andererseits bin ich auch froh, ist es vorbei. Der Wahlkampf ging an die Substanz. Und: Ich habe ein sehr gutes Resultat gemacht. Das kann mir keiner mehr nehmen.



Wie ist das Resultat zu werten?
Das ist ein klares Zeichen, dass auch



Die künftige Basler Regierung (v. l.): Lukas Engelberger (CVP), Hans-Peter Wessels (SP), Eva Herzog (SP), Elisabeth Ackermann (Grüne), Baschi Dürr (FDP), Conradin Cramer (LDP) und Christoph Brutschin (SP). MARTIN TÖNGI

KOMMENTAR

Und jetzt Geduld

In den vergangenen Wochen waren fast alle Basler Regierungsräte prominent in den Medien präsent. Das lag nicht nur an den Wahlen, sondern auch an den Ausrutschern, die sie sich leisteten. Christoph Brutschin erweckt den Anschein, die Hauptpost zu retten - was er aber nicht einlösen kann. Baschi Dürr laboriert weiter daran, wie man die Pfründe des Polizei-Kaders eindämmen kann. Christoph Ey-



von Benjamin Rosch

mann will nichts zu den Sparplänen der Uni sagen, und zu wichtigen Geschäften im Nationalrat kann er's nicht, weil er selten in Bern ist. Derweil rumpelt es bei Hans-Peter Wessels weiter in der BVB, und Eva Herzog entfernt sich mit der Unternehmenssteuerreform immer weiter von ihrer Basis. Das Gesamtgremium geriet zudem in Verruf, als es seinem Präsidenten ein schönes Abschiedsgeschenk spendierte: Die Regierung wählte Guy Morin in den Verwaltungsrat des Felix-Platter-Spitals, vorgeschlagen von Lukas Engelberger.

Es sind solche Momente, die das Gefühl in der Bevölkerung nähren, von einer abgehobenen Kaste regiert zu werden. Dieses Bild entsteht, wenn man die Fehlritte isoliert betrachtet. Doch: Ein einziger Skandal macht nicht mehrere Jahre guten Wirkens zunichte.

Es war ein harter, oft emotional geführter Wahlkampf für einige Kandidaten. Das Offenlegen aller Fehler und Versäumnisse vor den Wahlen ist berechtigt, ja nötig. Dass es jetzt aber im gleichen Stil weitergeht und weiterhin so hart auf die Person gespielt wird, dagegen sprechen zwei Gründe. Zum einen ist da der Mensch: Regierungsräte müssen damit umgehen, dass ihre Gemütslage von den Medien interpretiert und nach aussen gestülpt wird. Sie müssen aushalten, dass sich ihre Beliebtheit im Volk auf ein Zehntelprozent genau messen lässt. Wird aber der Wahlkampf zum Dauerzustand, will diesen Job bald niemand mehr machen.

Ausschliesslich ideologisch gefärbte Grabenkämpfe bringen diesen Kanton zudem nicht weiter. Basel hat Stabilität und wirtschaftliche Sicherheit gewählt. Das Volk hat sich gegen die Extreme und für die Zusammenarbeit entschieden. Schon bald hat die Basler Stimmbürger wieder Gelegenheit, Gericht zu halten. Jetzt braucht es aber Vertrauen und Geduld, damit die Regierung alte Fehler korrigieren und neue Vorstellungen umsetzen kann.

@ benjamin.rosch@azmedien.ch

RESULTATE

Hohe Beteiligung - viele Ungültige

Die Bekanntgabe der definitiven Resultate war letzten Endes nur noch Formsache: Schon nach Auszählung der brieflich Stimmenden hatte sich die Wiederwahl der beiden bisherigen Hans-Peter Wessels (SP) und Baschi Dürr (FDP) abgezeichnet. Mit 26 155 respektive 22 906 Wählerstimmen verwiesen sie die neuen Aspiranten Heidi Mück (Basta) und Lorenz Nägelin (SVP) auf die Plätze. Völlig ausser Rang und Traktanden fiel Eric Weber. Überdeutlich fiel das Resultat im Rennen um das Regierungspräsidium aus: Elisabeth Ackermann (Grüne) war nie gefährdet und konnte schliesslich 31 634 Stimmen auf sich vereinen. Dürr - der nicht mehr angetreten war - folgte mit 2434. Als halbe Überraschung kann die überaus hohe Wahlbeteiligung bezeichnet

werden. **Insgesamt gaben 48,2 Prozent der Wahlbevölkerung bei den Regierungswahlen ihr Couvert ab.** Regierungssprecher Marco Greiner macht die starke Mobilisierung insbesondere der Linken sowie die grosse mediale Beachtung als Gründe dafür aus.

Ein Wermutstropfen blieb allerdings die hohe Anzahl ungültiger Stimmen bei der Wahl für das Regierungspräsidium. Über 2000 Wahlformulare waren nicht korrekt eingereicht worden. «Zu viel», meint Regierungsrat Christoph Brutschin (SP). Allerdings sei dies kaum zu ändern, wenn man die Präsidiumswahl gleichzeitig durchführen lässt. «Und im anderen Fall hätten wir Wahlen bis Weihnachten oder sogar noch länger.» (BRO)

WAHL IN DEN REGIERUNGSRAT
Zweiter Wahlgang

Hans Peter Wessels (SP)
26 155 Stimmen

Baschi Dürr (FDP)
22 906 Stimmen

Heidi Mück (GB)
21 072 Stimmen

Lorenz Nägelin (SVP)
19 084 Stimmen

Eric Weber (VA)
2 716 Stimmen

Lorenz Nägelin, SVP

Herr Nägelin, wie sehr schmerzt das Resultat?

Lorenz Nägelin: Die Enttäuschung ist nicht gross. Immerhin hat ein SVP-Vertreter so viele Stimmen gemacht wie noch nie. Zudem hat die erstmalige bürgerliche Zusammenarbeit gut funktioniert.

Aber sogar Heidi Mück von der Klempartei Basta erreichte mehr Stimmen.

Ich hätte es mir anders gewünscht. Aber Rot-Grün arbeitet schon seit Jahrzehnten zusammen. Diese Zusammenarbeit müssen



wir erst bei den Wählern etablieren können. Das ist uns noch nicht gelungen.

Aber die bürgerliche Zusammenarbeit soll weitergeführt werden?

Es ist mein Wunsch, dass sie noch gestärkt wird. Der nächste Anlauf wird bei den nationalen Wahlen 2019 sein.

Wie geht es politisch für Sie weiter? Ich bin nach wie vor im Parteivorstand. Und im Schulrat, der ist auch politisch.

Wird das SVP-Präsidium zum Thema? Diese Frage stellt sich im Moment nicht. Es gibt keine Vakanz. Wenn sich das ändern sollte, werde ich mir das überlegen. (DBA)

Elisabeth Ackermann, Grüne

Frau Ackermann, Sie sind unsere neue Regierungspräsidentin. Was machen Sie aus diesem Amt?

Elisabeth Ackermann: Ich werde vieles weiterführen, was Guy Morin begonnen hat. Grüne und soziale Aspekte sind mir sehr wichtig. Es ist mein Ziel, die Position von Basel in der Schweiz zu stärken, etwa durch Städtepartnerschaften.

Werden Sie die Behinderten-Fachstelle wieder aufbauen?



Ich werde dies überprüfen.

Städtepartnerschaften gibt es bereits. Was bringen diese dem Kanton?

Die bestehenden Partnerschaften sind wirtschaftlich wertvoll. Ich würde gerne eine Partnerschaft mit einer osteuropäischen Stadt aufbauen, die derzeit unter der Flüchtlingskrise leidet. Eine solche Verbindung hätte natürlich einen anderen Aspekt.

Guy Morin wurde vorgeworfen, das Amt zu wenig ausgestaltet zu haben.

Er hat sehr viel richtig gemacht. Er hat die regionale Zusammenarbeit gestärkt, das werde ich weiterführen. Es ist auch wichtig, dass man in Kontakt mit der Bevölkerung tritt. (RUT)

jene, die heute noch nicht in der Regierung vertreten sind, gehört werden wollen. Ich appelliere an alle Gewählten, dass sie das nicht negieren.

Sie sprechen Randständige an. Wird sich mit der jetzigen Regierung tatsächlich etwas ändern? Daher mein Appell: Nehmt das Resultat ernst. Wir kommen wieder.

Sie sind nicht mehr im Grosse Rat. Wie setzen Sie Ihr politisches Engagement fort?

Ich bin in vielen sozialen Bewegungen aktiv. Für die habe ich nun mehr Zeit. Mir wird es wohl nicht langweilig. (RUT)



Im Fokus der Aufmerksamkeit: Die neue Basler Regierung nimmt ihre Arbeit am 8. Februar auf.

PADDY HÄNGGI

PRESSESCHAU

So beurteilen die Medien die Basler Wahlen 2016

Warum die Bürgerlichen verloren haben und weshalb sich die Linken nun dennoch nicht zu sicher fühlen sollten.

Basler Zeitung

«Wahlen werden verloren, weil man vier Jahre lang versagt. Versagt haben die Bürgerlichen, weil es dem unbefangenen Wähler nie ganz klar war, was denn die Alternative wäre zum rot-grünen Regiment – man hat es vier Jahre lang versäumt, das klarzumachen. Kurz vor den Wahlen herauszustreichen, was man als Bürgerlicher anders tun würde, reicht nicht; obschon zuzugeben ist, dass die –Bürgerlichen nicht einmal das zustande brachten. Der Spassismus der vier jungen Schwiegersöhne aus bürgerlichem Hause verdeckte ein ernsthaftes Problem: Den drei bürgerlichen Regierungsräten im Amt war vier Jahre lang zuvor nicht viel gelungen, was man als besonders bürgerlich hätte bezeichnen müssen.» MARKUS SOMM

TagesWoche

«Den SP-Regierungsräten zu denken geben muss das starke Ergebnis der BasA!-Kandidatin Heidi Mück. Eine Regierungsrätin Mück war vor allem für Finanzdirektorin Herzog eine beunruhigende Vorstellung. Unter Mück wären einige Dinge hinterfragt worden, die bislang als gottgegeben dargestellt wurden: die staatlich geförderte Rücksichtslosigkeit auf dem Wohnungsmarkt oder die Unantastbarkeit der grossen Konzerne. Basel geht es blendend – aber nicht allen Baslern. Bislang hat sich Rot-Grün durchgemogelt, indem es Probleme mit Geld zudeckelt hat. Beihilfen wurden erhöht, Stützstrukturen ausgebaut, Fördergelder gesprochen. In den kommenden vier Jahren sollte die Linke das nächste Projekt angehen, nachdem sie die Stadt in weiten Teilen lebenswerter gemacht hat: Sie sollte für ein gerechteres Basel sorgen.» RENATO BECK

Alte Köpfe und neue Akzente

Ausblick Was ist von der künftigen Regierung zu erwarten?

VON JONAS HOSKYN

Basel hat gewählt – in erster Linie Konstanz. Eine rot-grüne Mehrheit mit drei Sitzen für die Sozialdemokraten plus einer für die Grünen steht weiterhin einer bürgerlichen Minderheit aus CVP, FDP und LDP gegenüber. Die beiden Neuen in der Regierung dürften zudem direkt auf ihre Parteikollegen folgen. Zwar werden die Departemente wohl erst kommende Woche verteilt. Veränderungen sind aber höchst unwahrscheinlich. Trotz all der Konstanz dürfte die künftige Regierung auch neue Akzente setzen. Die bz zeigt, was von den sieben Regierungsräten in den kommenden Jahren zu erwarten ist.

Die starke Frau in der Regierung wird nach wie vor Finanzdirektorin **Eva Herzog** (SP) sein. Dadurch dass mit Christoph Eymann ab nächstem Februar ihr Hauptkontrahent im Gremium wegfällt, wird ihre Stellung nochmals verstärkt. Auch bei den Verhandlungen mit dem Basbiet über die künftige Kostenaufteilung bei Universität und Kultur wird Herzog zum Dreh- und Angelpunkt. In ihrem eigenen Departement dominiert zur Zeit die Unternehmenssteuerreform III die politische Agenda. Herzog war bereits bei der Erarbeitung auf nationaler Ebene eine der treibenden Kräfte und dürfte sich auch im bevorstehenden Abstimmungskampf für die UR III stark machen. Spannend wird sein, wie stark sie dabei mit ihrer Partei kollidiert. Die SP kämpft an vorderster Front gegen die Unternehmenssteuerreform.

Ansonsten dürfte sich die Finanzdirektorin darauf konzentrieren, die nächsten Jahre weiterhin schwarze Zahlen vorzulegen und ihren guten Ruf nicht durch über-

rissene Aktionen zu gefährden. Denn es ist in der Basler Politik ein offenes Geheimnis, dass Herzog Anita Fetz als Ständerätin beerben möchte. Dies dürfte in drei Jahren der Fall sein. Dass an ihrem Anspruch weder Freund noch Feind gross werden rütteln können, hat die Finanzdirektorin erneut eindrücklich bewiesen. Zum dritten Mal in Folge holte sie bei den Wahlen das Spitzenresultat.

Auch bei SP-Regierungsrat **Christoph Brutschin** wird vermutet, dass er nicht mehr die volle Legislatur absolvieren wird. Dafür sprechen mehrere Faktoren. Es dürfte im Interesse der Partei sein, ihre drei Regierungsräte gestaffelt zu ersetzen. Dazu kommen gesundheitliche Probleme. Sein Gehör ist nicht mehr das Beste, was angesichts der Vielzahl an Sitzungen sehr ermüdend sein muss. Er empfinde sein Amt zunehmend als Last, ist aus dem Umfeld des Vorstehers des Departements für Wirtschaft, Soziales und Umwelt zu vernehmen. Gleichzeitig gilt Brutschin nicht als der Typ, welcher einfach seine Zeit absitzt. Wichtige Themen in seinem Departement sind vor allem die Auswirkungen der Masseneinwanderungsinitiative, welche für die Pharmabranche von grosser Bedeutung ist, und die Entwicklung des Hafens.

Die längste To-do-Liste der SP-Regierungsräte dürfte **Hans-Peter Wessels** haben. Agierte der Bau- und Verkehrsdirektor in letzter Zeit eher lustlos, so scheint ihm der Umstand, dass

er in den zweiten Wahlgang musste, wieder Schwung und gleich noch ein neues Thema verschafft zu haben. Er wolle sich stärker für bezahlbaren Wohnraum einsetzen, meinte Wessels nach seiner Bestätigung als Regierungsrat. Felix-Platter-, Rosental-, oder Klybeckareal bieten dafür in den nächsten Monaten und Jahren tatsächlich viele Gelegenheiten. In der Verkehrspolitik dürfte der geplante Veloring für heisse Diskussionen sorgen. National wird Wessels das Herzstück vorantreiben und beim Rheintunnel Nägel mit Köpfen machen müssen.

Das grosse Fragezeichen in der künftigen Regierung ist die frisch gekürte Präsidentin **Elisabeth Ackermann**. Klar ist: Ackermann wird eine gehörige Portion Durchsetzungsvermögen mitbringen müssen. In keinem anderen Departement sind die Chefbeamten derart einflussreich wie im Präsidentschaftsdepartement. Zwei Ziele hat Ackermann bereits konkretisiert. Sie will Basel in Bundesbern mehr Gehör verschaffen. Ausserdem hat sie angekündigt, dass sie im Rahmen einer Städtepartnerschaft mit einer südeuropäischen Stadt eingehen und diese in der aktuellen Flüchtlingssituation unterstützen will.

Grosse Baustellen erwarten auch **Baschi Dürr** (FDP). Nachdem ihn die Affäre um gesetzswidrige Dienstwagen und Privilegien des Polizeikaders politisch beinahe seinen Kopf gekostet hätte, muss der Justiz- und Sicherheitsdirektor im eigenen

Departement aufräumen. Es ist anzunehmen, dass dies nicht ohne Nebengeräusche ablaufen wird. Spannend wird auch die Frage sein, wie sich der ehemalige politische Überflieger, der vor vier Jahren im Alter von 35 noch aussuchen konnte, ob er lieber Regierungs- oder Nationalrat werden möchte, von seiner Bruchlandung auf dem harten Boden der politischen Tatsachen erholen wird.

Conradin Cramer (LDP) dürfte aller Wahrscheinlichkeit nach das Erziehungsdepartement von seinem Parteikollegen Christoph Eymann übernehmen. Zu erwarten ist, dass er den engagierten Kampf für eine starke Universität fortführen wird. Bei den Schulen ist Cramer dagegen zuzutrauen, dass er mit seinem unvoreingenommenen Blick eigene Akzente setzen wird. Spannend wird auch die Frage sein, wie offen Cramers Ohr nach dem gemeinsamen Wahlkampf künftig für bildungspolitische Anliegen der SVP ist.

Wenig Überraschungen sind von Gesundheitsdirektor **Lukas Engelberger** (CVP) zu erwarten. Sein Hauptprojekt wird die Spitalfusion mit dem Basbiet bleiben. Die einschneidenden Änderungen werden noch viel zu diskutieren geben. Ganz oben auf seiner Traktandenliste dürften auch die steigenden Krankenkassenprämien stehen. Auf dem Sorgenbarometer der Basler Bevölkerung belegt dieses Thema Platz eins. Allerdings ist dabei der kantonale Spielraum äusserst beschränkt.



Online Reports
Macht bekannt.

«Die Knappheit, mit der Baschi Dürr gegen eine im Vorfeld als Links-Extreme und Judenfeindin diskreditierte Politikerin die Wiederwahl schaffte, muss ihm zu denken geben. Es ist mitnichten die Dienstwagen-Geschichte seiner Polizei-Offiziere, die ihm politisch fast das Genick brach: Es war die Gesamtheit seiner Führungsleistung, die nach Ablauf seiner ersten Regierungs-Legislatur als enttäuschend bewertet werden muss. So sehr ihm politische Gegner attestieren, dass es ihm an analytischer Fähigkeit keineswegs mangelt, so sehr liess seine Bereitschaft zu wünschen übrig, vom ersten Tag an das Heft in die Hand zu nehmen und mit Entschlossenheit allfällig vom Vorgänger übernommene Mängellisten zu bereinigen – auch gegen den Widerstand seiner Offiziere.» PETER KNECHTLI

SRF Schweizer Radio und Fernsehen

«Heisst das Resultat, weiter wie bisher? Nicht ganz. Denn sowohl Heidi Mück als auch Lorenz Nägelin haben ziemlich gute Resultate erreicht. Das ist bemerkenswert. Das heisst: Es gibt sowohl am Linksaussenrand als auch am Rechtsaussenrand viele Unzufriedene, die sich auch radikale Veränderungen wünschen, die sich sogar Basta oder SVP in der Regierung vorstellen könnten. Das muss allen Wahlsiegern zu denken geben: Basel ist nur dann sprichwörtlich erfolgreich, wenn auch die Menschen an den Rändern einigermaßen zufrieden sind.» DIETER KOHLER

Audio- und Video-Beiträge



Analyse des Wahlkampfes

(Radio SRF, Regionaljournal BS/BL, 21.10.2016, 16:15 min)

<https://www.baslerstadtbuch.ch/dossier/2016/2016-11.html?media=78e1f96e-77a2-4289-912b-71a2a8a70090>



Ergebnisse, Reaktionen und Kommentare zum 1. Wahlgang

(Radio SRF, Regionaljournal BS/BL, 23.10.2016, 27:12 min)

<https://www.baslerstadtbuch.ch/dossier/2016/2016-11.html?media=1ff39187-a8ea-4479-9dae-982a03964603>



Ergebnisse des 2. Wahlgangs

(Radio SRF, Regionaljournal BS/BL, 28.11.2016, 2:16 min)

<https://www.baslerstadtbuch.ch/dossier/2016/2016-11.html?media=f364c2dd-25d3-4512-869b-560be3282fec>

Impressum

Basler Stadtbuch, Dossier 2016:
Wahlen für die Legislatur 2017–2021: der missglückte Angriff von rechts

Redaktion: Christoph Merian Stiftung, Abteilung Kultur

Redaktionsschluss: April 2017

Lektorat und Korrektorat: Dr. Rosmarie Anzenberger

© 2016 Leitartikel: Jeremias Schulthess

© 2016 Abbildungen: siehe Bildlegenden

© 2016 Tagespresse: siehe eingebundene PDFs

www.baslerstadtbuch.ch

Nutzungsbedingungen

Die Online-Plattform www.baslerstadtbuch.ch ist ein Angebot der Christoph Merian Stiftung. Die auf dieser Plattform veröffentlichten Dokumente stehen für nichtkommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung gratis zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrücke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger schriftlicher Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des vorherigen schriftlichen Einverständnisses der Christoph Merian Stiftung.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Die Online-Plattform www.baslerstadtbuch.ch ist ein Service public der Christoph Merian Stiftung, www.cms-basel.ch
www.baslerstadtbuch.ch